



Dr. Marco Arndt leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sofia.

## **LAUTSTARK GEGEN DIE ALTEN ELITEN**

### **BULGARIENS JUNGE MITTELSCHICHT GEHT AUF DIE STRASSE**

*Marco Arndt*

Korruption auf allen Ebenen der Gesellschaft und im politischen System, Nepotismus und Klientelwesen, Clquienwirtschaft und Paternalismus, die Verquickung von Organisierter Kriminalität mit oligarchischen Strukturen sowie mit Parteien und Politikern – Staaten, auf die diese Merkmale zutreffen, vereint meist auch ein weiteres: Sie verfügen über eine unterentwickelte Zivilgesellschaft.<sup>1</sup> Elemente einer gut funktionierenden Demokratie wie freier Qualitätsjournalismus, Rechtssicherheit, eine funktionierende Verwaltung, eine unabhängige Justiz sowie eine allein dem Wohl des Volkes verpflichtete Politik fehlen teilweise oder völlig. Oft polarisieren auch demokratisch legitimierte Regierungen die Gesellschaft, weil sie die „Fehler“ der Vorgänger im Amt ausmerzen wollen. Die dabei getroffenen Maßnahmen sind nicht selten Ursache für Fehlentwicklungen und Defekte im demokratischen System. Dafür lassen sich in Bulgarien einige Beispiele finden wie der Missbrauch der Justiz zur Anklage oder Strafverfolgung ehemaliger Spitzenpolitiker, gerne in Steuerverfahren, oder die Beeinflussung der Presse hinsichtlich einer dauerhaften negativen Berichterstattung.

Allerdings nehmen weltweit viele Menschen derartige Missstände nicht länger hin und protestieren – zum Teil gewaltsam. In Bulgarien kam es zunächst im Februar 2013 zu Sozialprotesten, im Sommer dann gefolgt von Werteprotesten einer bis dahin kaum organisierten bürgerlichen

1 | Zivilgesellschaft meint hier den Zusammenschluss von Menschen, die dem Großteil der Mittelschicht angehören und sich für eine gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung und gegen Amtsmissbrauch und Nepotismus einsetzen.

Mittelschicht. Die Demonstrationen brachten die Regierung von Boiko Borissov (GERB) zu Fall und wandten sich bald gegen das gesamte politische Establishment.

### **STOCKENDER TRANSFORMATIONSPROZESS IN NEUEN EU-STAATEN**

Die Bertelsmann Stiftung hat in ihrem im Januar 2014 erschienenen Transformationsindex solche Demokratie-defizite sowie fehlende Reformen als Auslöser von Protestbewegungen in vielen Staaten der Welt ausgemacht.<sup>2</sup> Einige Transformationsstaaten des ehemaligen so genannten Ostblocks, unter anderem Bulgarien, sind ebenfalls betroffen. Die Ergebnisse der Studie zeigen für Ost- und Südosteuropa, dass sich die politische und ökonomische Transformation im Durchschnitt zurückentwickelt hat und Regierungsleistungen nachgelassen haben.<sup>3</sup> Dieser Befund gilt stärker für die südosteuropäischen Staaten als für die mittelost- und nordosteuropäischen. Zwar sei keines der Länder in Gefahr, sich zu einer Autokratie zu entwickeln, schreibt die Stiftung. Jedoch nutzten Regierungen ihre Macht, um Kontrollmechanismen zu schwächen und die eigene Machtposition auszubauen, was die Verfasser als „dominanzorientierte Machtpolitik“ bezeichnen. Hier habe besonders Rumänien erhebliche Rückschritte zu verzeichnen. Aber auch für Bulgarien ist der Befund ernüchternd: der Beitritt zur EU (2007) sei hinsichtlich der „Konsolidierung des demokratischen politischen Systems bislang ohne Effekt geblieben“, besonders im Bereich einer funktionierenden und unabhängigen Justiz.<sup>4</sup> Die prekäre politische Entwicklung in Bulgarien seit dem Regierungswechsel vom Mai 2013 ist dabei noch gar nicht erfasst, da sie außerhalb des Berichtszeitraums liegt. Aber

**In Bulgarien ist der Beitritt zur EU hinsichtlich der „Konsolidierung des demokratischen politischen Systems bislang ohne Effekt geblieben“, besonders im Bereich einer unabhängigen Justiz.**

- 2 | Bertelsmann Stiftung, „Die weltweiten Revolten und Bürgerproteste werden weitergehen“, Pressemitteilung, 22.01.2014, [http://bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten\\_119695.htm](http://bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_119695.htm) [23.04.2014]. Untersuchungszeitraum bis 2012.
- 3 | Bertelsmann Stiftung, „Ostmittel- und Südosteuropa. Die Krise der EU schlägt durch“, [http://bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbc/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_39260\\_39261\\_2.pdf](http://bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbc/bst/xcms_bst_dms_39260_39261_2.pdf) [23.04.2014].
- 4 | Freedom House konstatiert im Transformationsindex von 2013 für Bulgarien Defizite im Bereich der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten.

das Regierungshandeln der Koalition aus Sozialisten (BSP) und der sich als liberal definierenden Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS)<sup>5</sup> folgte von Beginn an dem beschriebenen Muster und nutzte die eigene Regierungsmacht aus. Hinzu kommt eine extreme soziale Ungleichheit in Bulgarien (und Rumänien): Die Kluft der Einkommen der reichsten und der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung hat sich in den Jahren 2003 bis 2011 deutlich vergrößert, während sie in den anderen untersuchten Staaten in etwa gleich geblieben ist. Die Gefahr, in Armut abzurutschen, hat in beiden Staaten ebenfalls stark zugenommen.

Die Mitglieder entwickelter Zivilgesellschaften sind von sozialen Notlagen eher weniger betroffen, da sie größtenteils aus der Mittelschicht stammen. Ihr Protest richtet sich gegen korruptes und schlechtes Regierungshandeln, das die innenpolitische Glaubwürdigkeit unterminiert und „in einigen Ländern bereits das Parteiengefügen durcheinander gewirbelt hat“, so der Bertelsmann-Bericht. Auch die neue bulgarische Regierung sieht sich seit Monaten solchen Protesten gegenüber.

## ROLLE UND MÖGLICHKEITEN DER EU

Bulgarien wurde zusammen mit Rumänien 2007 Mitglied der Europäischen Union, obwohl beide Länder hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung, der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und hinsichtlich eines modernen und unabhängigen Justizsystems nicht europäischen Normen entsprachen. Beide Staaten unterliegen daher dem europäischen Kooperations- und Kontrollmechanismus (CVM):<sup>6</sup> Die Europäische Kommission bewertet in halbjährlichen oder jährlichen Abständen die Fortschritte beider Staaten in den angesprochenen Bereichen. Die jüngsten Berichte vom Januar 2014 lassen trotz ihrer diplomatischen Sprache erkennen, dass vor allem

**Die jüngsten Berichte der Europäischen Kommission vom Januar 2014 lassen trotz ihrer diplomatischen Sprache erkennen, dass vor allem Bulgarien den Ansprüchen nur ansatzweise genügt.**

5 | Tatsächlich ist die DPS die Klientelpartei der ethnischen Türken in Bulgarien. Allerdings lässt die Verfassung keine ethnischen Parteien zu. Die DPS gehört den Europäischen Liberalen (ELDR) an.

6 | Europäische Kommission, „The reports on progress in Bulgaria and Romania“, Abschnitt „Reports approved by the Commission on 22 January 2014“, [http://ec.europa.eu/cvm/progress\\_reports\\_en.htm#thirteen](http://ec.europa.eu/cvm/progress_reports_en.htm#thirteen) [23.04.2014].

Bulgarien den Ansprüchen nur ansatzweise genügt.<sup>7</sup> Beide Länder sind aufgrund der erkannten Mängel bislang keine Mitglieder im Schengen-Raum, obwohl sie mittlerweile über die technischen und personellen Voraussetzungen zur Kontrolle der EU-Außengrenzen verfügen. Der Beitritt wird an Fortschritte in den genannten Bereichen gekoppelt. Die „Schengen-Frage“ steht jedoch sowohl in Rumänien als auch in Bulgarien nicht mehr an oberster Stelle der politischen Agenda.<sup>8</sup> Es scheint so, als ob man sich in Bukarest und Sofia vorerst mit der Außenseiterrolle abfindet, was nichts Gutes erahnen lässt. Damit verliert der Schengen-Beitritt als Druckmittel der EU an Bedeutung.



„Europa, hilf uns gegen unsere korrupte Regierung“: Verletzungen demokratischer Werte können die verschiedenen EU-Einrichtungen zwar feststellen, nicht aber sanktionieren. | Quelle: © KAS Bulgarien.

Die EU hat darüber hinaus kaum Sanktionsmöglichkeiten, um Reformen voranzutreiben oder Normverletzungen wie die Diskriminierung von Minderheiten, die Diffamierung des politischen Gegners, die Polarisierung der Gesellschaft, die Einschränkung der Medienfreiheit, die Beeinflussung der Justiz und die Aufweichung der Gewaltenteilung zu

- 7 | Europäische Kommission, „Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Fortschritte Bulgariens im Rahmen des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus“, SWD(2014) 36 final, [http://ec.europa.eu/cvm/docs/com\\_2014\\_36\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2014_36_de.pdf) [23.04.2014].
- 8 | Die Regierung Borissov (2009 bis 2013) hatte den Beitritt 2011/2012 noch zur Chefsache gemacht.

ahnden.<sup>9</sup> Eine gewisse Handhabe bietet Artikel 7 des EU-Vertrags (EUV). Der Europäische Rat kann die Verletzung von Werten, die in Artikel 2 des EUV festgehalten sind, feststellen. Die Sanktionsmechanismen, insbesondere das Aussetzen von Transfermitteln, sind durchaus geeignet, Rechtsverletzungen wirkungsvoll zu ahnden, doch das Verfahren ist aufgrund der notwendigen Mehrheiten bei der Abstimmung wenig praktikabel. Verletzungen demokratischer Werte kann auch die EU-Grundrechteagentur oder die Venedig-Kommission des Europarates feststellen, doch fehlen ihnen entsprechende Sanktionsmechanismen. Ihre Voten sind, ähnlich wie die CVM-Berichte, allenfalls zum *blame and shame* tauglich. „Ein rundum überzeugendes und praktikables Verfahren zur Behebung von Demokratiedefiziten in EU-Staaten existiert derzeit nicht.“<sup>10</sup> Daraus folgt die bittere Erkenntnis, dass eine EU-Mitgliedschaft weder Wohlstand noch funktionierende politische Systeme garantieren kann.

Dieser kurze Seitenblick auf die Wirkungsmöglichkeiten der EU ist deshalb von Belang, weil die zivilgesellschaftliche Protestbewegung in Bulgarien immer wieder nach Brüssel schaut und in ihrer offensichtlichen Ohnmacht von dort Hilfe erwartet. Die EU hat in Bulgarien einen hohen Stellenwert, nicht nur wegen der Finanzhilfen. Die Protestierenden vermuten, dass durch die herrschenden Eliten die Westbindung ihres Landes untergraben und das europäische Wertebewusstsein in Frage gestellt wird. Bislang hat die EU nicht an Ansehen und Anziehungskraft verloren, auch wenn die Protestbewegung bei der

**Die Protestierenden vermuten, dass durch die herrschenden Eliten die Westbindung Bulgariens untergraben und das europäische Wertebewusstsein in Frage gestellt wird.**

9 | Siehe hierzu Timm Beichelt, „Von Steinen und Glashäusern“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.12.2013. Beichelt, Lehrstuhlinhaber für Europa-Studien an der Viadrina in Frankfurt (Oder), stellt allerdings fest, dass Demokratiedefizite nicht auf die mittelosteuropäischen Transformationsstaaten beschränkt, sondern dass sie ein „gesamteuropäisches Phänomen“ sind. Man könne nicht mehr pauschal von einem Gefälle zwischen alten und neuen EU-Mitgliedstaaten sprechen. Etwa ein Drittel der EU-Staaten wiesen Demokratiedefizite auf, besonders in Südosteuropa (Bulgarien, Griechenland, Italien, Rumänien und Ungarn).

10 | Vgl. ebd. Dieser Befund der Ohnmacht mag auch die Ursache für die Verknüpfung des oben erwähnten Schengen-Beitritts mit Reformfortschritten sein. Der Beitritt wird so ungewollt und indirekt zu einem Sanktionsmechanismus, den der Schengen-Vertrag aber nicht vorsieht.

Bewältigung der politischen Krise von Brüssel aufgrund der oben geschilderten Möglichkeiten nur marginal unterstützt werden kann.<sup>11</sup>

Nach formalen Kriterien funktioniert die Demokratie in Bulgarien. Das Land ist keine Fassaden-Demokratie, es verstößt nicht gegen die EU-Verträge. „Es ist dabei nur manchmal fast unmöglich, zwischen den normalen Erscheinungen eines demokratischen Gemeinwesens und den pathologischen Symptomen einer alle politischen Kräfte und den Staat durchziehenden Korruption zu unterscheiden“, resümiert die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.<sup>12</sup> In den fast 25 Jahren nach der Wende haben die alten kommunistischen Eliten weite Teile des Staates und große Teile der Wirtschaft unter ihre Kontrolle gebracht, um sich und ihre Netzwerke zu bedienen und zu bereichern, seit 2007 wohl auch aus den EU-Töpfen. Dabei ist es kein Trost, dass die Gruppierungen kein monolithischer Block, sondern untereinander zerstritten sind. Vordergründig trifft die Regierung in Sofia die Entscheidungen, doch steht zu vermuten, dass die wirklich Mächtigen im Halbdunkel die Fäden ziehen. Diese Intransparenz birgt Schwierigkeiten für die Analyse des politischen Geschehens. Hinzu kommt, dass sich Interessenlagen und Entscheidungsprozesse sehr volatil gestalten. Die EU wäre daher gut beraten, genau hinzusehen, wohin Bulgariens politische Entwicklung steuert: Weniger Vertrauen, mehr Kontrolle und klare Worte täten sicher ihre Wirkung.

**In den fast 25 Jahren nach der Wende haben die alten kommunistischen Eliten weite Teile des Staates unter ihre Kontrolle gebracht, um sich und ihre Netzwerke zu bereichern.**

## **ERSTE PROTESTWELLE IM FEBRUAR 2013: SOZIALPROTESTE**

Wie kam es zur Verschärfung der ohnehin wenig erfreulichen Situation? Am 20. Februar 2013 erklärte Ministerpräsident Borissov den Rücktritt seines bürgerlichen Kabinetts,

11 | Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für das Ressort Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, hat auf dem Höhepunkt der Proteste am 23.07.2013 Sofia besucht und die Protestbewegung unterstützt. „EU Commissioner Viviane Reding Backs Bulgarian Protests“, Novinite, 23.07.2013, [http://novinite.com/view\\_news.php?id=152268](http://novinite.com/view_news.php?id=152268) [23.04.2014].

12 | Reinhard Vesper, „Bulgarische Misere“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.07.2013.

ein knappes halbes Jahr vor dem regulären Ende seiner Amtszeit. Vorausgegangen waren plötzliche und unerwartete Demonstrationen Zehntausender im ganzen Land, die drei Tage vor dem Rücktritt ihren Höhepunkt erreicht hatten. Die Proteste entzündeten sich an drastisch erhöhten Stromrechnungen, die viele Menschen nicht mehr begleichen konnten. Gerade im Winter heizen viele Bulgaren mangels Alternativen mit Strom. Der Strompreis kann also durchaus als neuer „Brotpreis“ und die Proteste können entsprechend als Sozialproteste bezeichnet werden.<sup>13</sup> Potenzial für Demonstrationen dieser Art gibt es reichlich im Land, und viele Beobachter wunderten sich, dass die Bulgaren lange stoisch die schlechte wirtschaftliche Situation ertragen haben. Bulgarien ist neben Rumänien nach wie vor das ärmste Land der EU. Aber es ist fiskalpolitisch auch eines der stabilsten. Es erfüllt alle Maastricht-Kriterien problemlos, was angesichts der Krise des Nachbarn Griechenland nicht hoch genug bewertet werden kann.



Boiko Borissov: Im Februar 2013 erklärte der damalige Ministerpräsident den Rücktritt seines bürgerlichen Kabinetts. | Quelle: David Plas, Europäische Volkspartei (EVP), flickr ©📷.

13 | Einer der führenden politischen Analysten, der Politikwissenschaftler Ognjan Mintchev von der Sofioter Universität, meinte, die Proteste seien von pro-russischen Oligarchen gesteuert, weil Borissov vor allem den Bau des AKW Belene, eines der wichtigsten russischen Energieprojekte im Land, gestoppt habe.

Doch diese finanzpolitische Stabilität hat einen hohen Preis: Die Einkommen sind extrem gering und seit Jahren nicht mehr gestiegen, die Renten reichen den wenigsten zum Leben. Im Februar 2013 lebten 1,5 Millionen Menschen (20,4 Prozent) unter der Armutsgrenze. Sie verfügten über weniger als 215 Leva (etwa 110 Euro) pro Kopf und Monat; 2,5 Millionen Bulgaren haben weniger als den Mindestlohn von 340 Leva (34,2 Prozent) zur Verfügung; 2,3 Millionen weniger als die zum Lebensunterhalt notwendigen 565 Leva (31,5 Prozent). Nur eine Millionen Bulgaren liegen über diesem Satz (13,7 Prozent). Sonstige, nicht statistisch erfasste Einnahmen wie solche aus Schwarzarbeit, Transferleistungen von Auslandsbulgaren und die Tatsache, dass fast alle Bulgaren über Wohneigentum verfügen, mildern diesen Umstand nur unwesentlich.<sup>14</sup> Die bulgarischen Sozialproteste können daher durchaus als eine Bewegung gegen das Austeritätsprogramm der Regierung bewertet werden. Dies zeigt, dass Sparanstrengungen nur glaubhaft vermittelt sind, wenn sie mit einer spürbaren Modernisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse einhergehen.

Der Rücktritt des Kabinetts Borissov und die Ankündigung von Neuwahlen sowie die Senkung des Strompreises um einige wenige Prozentpunkte beruhigten die Lage im Land. Seither ist es zu keinen neuen Sozialprotesten gekommen, obwohl sich die wirtschaftliche Situation der Menschen auch unter der neuen Regierung nicht gebessert hat. Grund hierfür mag sein, dass der überwiegende Teil der Demonstranten Anhänger der Sozialisten war und ist, weswegen die Hemmschwelle zu Protesten deutlich höher liegt als bei einer bürgerlichen Regierung. Manche Analysten glauben zudem, dass die Sozialistische Partei die Proteste befördert hat, um die Konservativen zu Fall zu bringen. Zudem war der Winter 2013/2014 bei Weitem nicht so hart wie der vorangegangene und der Energieverbrauch daher geringer. Dennoch ist in Bulgarien aufgrund der wirtschaftlichen Lage nach wie vor großes Potenzial für Sozialproteste vorhanden, das jederzeit aktiviert werden kann und mit dem jede Regierung rechnen sollte.

**Seit Rücktritt des Kabinetts Borissov ist es zu keinen neuen Sozialprotesten gekommen, obwohl sich die wirtschaftliche Situation der Menschen nicht gebessert hat.**

## ROLL BACK IN ALTE ZEITEN? DIE NEUE REGIERUNG POLARISIERT

Mitte Mai 2013 kam es zu Neuwahlen, aus denen GERB als stärkste Kraft hervorging. Jedoch fehlte der Koalitionspartner, so dass die BSP unter Sergei Stanishev<sup>15</sup> zusammen mit der DPS die Regierung bildete. Diese muss allerdings aufgrund der Pattsituation<sup>16</sup> im Parlament von der rechtsradikalen Partei Ataka toleriert werden.

**Staatliche Ressourcen wurden eingesetzt, um die Opposition zu schwächen, ohne Rücksicht auf die Qualifikation und mit dem vollen Risiko, Wissen und Erfahrung zu verlieren.**

Die neue Regierung polarisierte von Beginn an durch Maßnahmen, die nicht nur die westlich orientierte bulgarische Zivilgesellschaft empörten, sondern auch bei manchen EU-Partnern für große Bedenken sorgten. Staatliche Ressourcen wurden eingesetzt, um die Opposition vor allem im Verwaltungsapparat bis in untere Ebenen hinein zu schwächen, ohne Rücksicht auf die Qualifikation und mit dem vollen Risiko, Wissen und Erfahrung zu verlieren.<sup>17</sup> Diese Politik am Rand der Legitimität rief schnell den deutschen Botschafter Matthias Höpfner und seinen französischen Kollegen Philippe Autie<sup>18</sup> auf den Plan. Sie stellten sich in einem gemeinsamen Zeitungsinterview offen hinter die Demonstranten und plädierten für eine aktive Bürgergesellschaft.

15 | Sergei Stanishev wurde 1966 in der Ukraine geboren. Seine Mutter ist Russin, sein Vater gehörte dem Politbüro der BKP an. Er studierte in Moskau und London, war von 2005 bis 2009 Ministerpräsident und ist Parteivorsitzender der BSP seit 2001. Er vermied es 2013 geschickt, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen und schickte den parteilosen Plamen Oresharski ins Rennen. Die BSP ging aus der BKP hervor und vollzog bis heute keinen eindeutigen Bruch mit der Vergangenheit.

16 | Die Sozialisten und die DPS verfügen über 120 der 240 Mandate.

17 | Siehe hierzu: Marco Arndt, „Bulgarien wieder am Scheideweg?“, KAS-Länderbericht, 18.06.2013, <http://kas.de/bulgarien/de/publications/34745> [23.04.2014]; „Proteste in Bulgarien dauern an“, KAS Bulgarien, 28.06.2013, <http://kas.de/bulgarien/de/publications/34868> [23.04.2014]. Die Regierung besetzte etwa 3.000 Positionen (andere sprechen von bis zu 6.000) neu, nicht selten mit Personen der alten Nomenklatura oder mit ehemaligen Stasi-Agenten. So sind beispielsweise 30 Prozent der Direktorenposten im Außenministerium davon betroffen oder auch der Direktorposten des Staatsarchivs.

18 | Als Autie wenige Monate später turnusgemäß versetzt wurde, erhielt er nicht den Orden Stara Planina, der scheidenden Botschaftern üblicherweise überreicht wird, was einem Affront gleichkam.

Höpfner sagte, für das „oligarchische Modell“ gebe es in der EU keinen Platz.<sup>19</sup> Zwar erklärte Außenminister Kristian Vigenin, ehemaliger außenpolitischer Sekretär der BSP, im Gespräch mit den Botschaftern, die angesprochenen Probleme hätten sich über Jahre entwickelt und könnten daher nicht der neuen Regierung angelastet werden; doch die ersten Personalentscheidungen<sup>20</sup> zeigten sehr deutlich, dass die Regierung genau diese Missstände perpetuieren will: Zunächst kündigte der Außenminister an, er wolle stasibelastete ehemalige Botschafter wieder einsetzen. Die GERB-Regierung hatte diese erst nach der Wahl von Rosen Plevneliev zum neuen Staatspräsidenten<sup>21</sup> 2012 abberufen können, weil der sozialistische Präsident Georgi Parvanov, selbst ehemaliger Agent der bulgarischen Staatssicherheit, die Gegenzeichnung verweigert hatte. Auf medialen Druck hin und nach der Ankündigung Plevnelievs, seinerseits Akkreditierungen nicht gegenzuzeichnen, gab die Regierung dieses Vorhaben auf. Allerdings wurden Personen aus diesem Kreis auf untergeordnete Posten, etwa als stellvertretende Botschafter, berufen, da hier eine Gegenzeichnung nicht notwendig ist.<sup>22</sup>

Dieses Politikum um die „Stasi-Botschafter“ zeigt deutlich die Bruchlinie zwischen einer westlich orientierten, anti-sozialistischen Politik, die mit der kommunistischen Vergangenheit und ihren Folgen brechen will, und einer der alten Nomenklatura zugewandten, mit allen daraus resultierenden Konsequenzen. Der Bruch scheint auch zwischen prinzipiell pro-europäisch Eingestellten und jenen

19 | „Botschafter Matthias Höpfner: Bulgarien ist beliebter Investitionsstandort, aber mit einigen Defiziten“, *Radio Bulgarien*, 21.12.2013, <http://bnr.bg/de/post/100276972> [23.04.2014]. Aus Dankbarkeit gegenüber beiden Diplomaten bauten die Demonstranten im Juli die Berliner Mauer aus Kartons vor der Deutschen Botschaft auf und brachten sie symbolisch zum Einsturz. Am französischen Nationalfeiertag stellte eine Schauspielerin mit blanker Brust vor der französischen Botschaft die „Freiheit“ dar, in Anspielung auf das 1789er Revolutionsbild von Eugène Delacroix. Beide Aktionen symbolisieren über die Geste der Dankbarkeit hinaus den Wunsch nach einer eigenen, bulgarischen Revolution bzw. nach einer Vollendung der Revolution von 1989.

20 | Weitere Beispiele für obskure Personalentscheidungen: „Nichts als Spott“, *Süddeutsche Zeitung*, 20.07.2013.

21 | Der Staatspräsident hat ähnliche Kompetenzen wie der Bundespräsident, also kaum politische Macht.

22 | Ca. 30 Prozent der Direktorenposten im Außenministerium sind durch ehemalige Stasi-Mitarbeiter besetzt.

zu verlaufen, die die EU lediglich pragmatisch sehen und vor allem wegen ihrer finanziellen Zuwendungen schätzen. Normen werden nicht aus Überzeugung befolgt, so scheint es, sondern lediglich als formale Voraussetzung angesehen, um materielle Vorteile zu erreichen.

## **ZWEITE PROTESTWELLE IM SOMMER 2013: WERTEPROTESTE**

Am Anfang einer zweiten Protestwelle in Bulgarien stand eine Personalentscheidung: Am 14. Juni 2013 ernannte das Parlament den Medienmogul und Oligarchen Delyan Peevski<sup>23</sup> zum neuen Direktor des Inlandsgeheimdienstes (DANS).<sup>24</sup> Die Wahl wurde während der Parlamentsitzung auf die Tagesordnung gesetzt, so dass sie einem Überraschungscoup ähnelte. Einen Tag zuvor war das entsprechende Gesetz so geändert worden, dass die Kriterien auf den Kandidaten passten und die Wahl möglich wurde.

Der Jurist Peevski, heute 34 Jahre alt, wurde mit 21 in der Regierung des „Zaren“ Simeon (2001 bis 2005) parlamentarischer Sekretär im Verkehrsministerium, anschließend Vorstandsmitglied des Hafens von Varna.

**Bereits 2007 war Delyan Peevski in Korruptionsskandalen verwickelt und wurde der Veruntreuung von Millionenbeträgen bei der Privatisierung von Betrieben beschuldigt.**

2005 wurde er für sieben Monate Ermittler im Sofioter Ermittlungsdienst, obwohl er dafür nicht die Qualifikation mitbrachte. Danach war er stellvertretender Minister in der so genannten Dreierkoalition (2005 bis 2009).<sup>25</sup> Bereits zu dieser Zeit (2007) war er in Korruptionsskandalen verwickelt und wurde der Veruntreuung von Millionenbeträgen bei der Privatisierung von Betrieben beschuldigt. DANS und die Abteilung zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, die ihm 2013 unterstellt werden sollten, ermittelten damals gegen ihn – ergebnislos. Ende 2009 wurde er Abgeordneter der DPS.

23 | Ein längeres Portrait bietet: Klaus Brill, „Mann im Schatten“, *Süddeutsche Zeitung*, 07.10.2013, <http://sueddeutsche.de/medien/1.1788579> [23.04.2014].

24 | Die Macht von DANS war kurz zuvor durch die Zuordnung der Abteilung zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität deutlich erhöht worden, so dass DANS zur entscheidenden Behörde in Sicherheitsfragen avancierte und Polizeibefugnisse bekam. Diese Maßnahmen führten bei europäischen Partnern zu Bedenken. DANS, bislang dem deutschen Verfassungsschutz vergleichbar, wurde so zu einem „bulgarischen FBI“.

25 | Sie bestand aus BSP, DPS und der NDSW („Zarenpartei“ Simeons II. von Sachsen-Coburg-Gotha).

Die Karriere Peevskis wurde maßgeblich durch seine Mutter Irena Krasteva befördert. Diese war Chefin der staatlichen Lotteriegesellschaft. Zusammen mit ihrem Sohn gelang es ihr im Laufe der Jahre, den Löwenanteil des Zeitungsmarktes, einen Fernsehsender und auch den größten Teil des Vertriebsnetzes für Printmedien zu übernehmen, wobei unklar ist, wie sie dies finanzierte. Damit verfügen die beiden in den bulgarischen Printmedien beinahe über ein Meinungsmonopol. Zudem behaupten kenntnisreiche Beobachter, dass hinter Peevski Zvetan Vassilev stehen soll, einer der reichsten und einflussreichsten Bulgaren, Inhaber der Korporativen Handelsbank. Vassilev gehört zur alten Nomenklatura, die seit 1989 die bulgarische Wirtschaft maßgeblich dominiert. Er hält Beteiligungen in fast allen Geschäftsfeldern in Bulgarien: Zeitungen, Genussmittel, Elektronik, Tabakindustrie, Banken und Versicherungen, KFZ-Handel etc. Zudem ist es sehr wahrscheinlich, dass auch Achmed Dogan, bis Januar 2013 langjähriger Vorsitzender der DPS, einflussreicher Geschäftsmann und Ex-Stasi-Agent, maßgeblichen Einfluss auf Peevski ausübt. Daher entstand früh der Verdacht, dass Peevski lediglich ein Strohmann zur Durchsetzung der Interessen Vassilevs und Dogans sei. Peevski wäre als Direktor von DANS und als Inhaber zahlreicher Printmedien einer der mächtigsten Männer des Landes geworden, was die Dynamik und die Dauer der Proteste erklärt. Doch wessen Interessen er zuletzt dienen sollte, oligarchischen, parteiischen oder gar russischen, bleibt fraglich.

**Es entstand früh der Verdacht, dass Peevski lediglich ein Strohmann zur Durchsetzung der Interessen Vassilevs und Dogans sei.**

Die Wahl Peevskis führte bereits am selben Tag zu großen, aber weitgehend friedlichen Demonstrationen, die über das darauf folgende Wochenende anhielten. Allein in Sofia gingen 10.000 Menschen an jenem Freitag bis Mitternacht auf die Straße. Präsident Plevneliev forderte das Parlament auf, die Entscheidung zurückzunehmen, entzog der Regierung sein Vertrauen und berief den Nationalen Sicherheitsrat ein. Seitdem steht er unter massivem Beschuss der Peevski-Medien.

Die schnelle Protestreaktion, meistens organisiert über das Internet, überraschte alle Beteiligten, am meisten aber die Regierung. Der Protest ist ein ermutigendes Zeichen für die Entwicklung einer westlich orientierten Zivilgesellschaft

in Bulgarien. Das oligarchische System setzt ähnlich wie totalitäre Systeme eine passive Gesellschaft voraus, deren Mitglieder entweder vom System abhängig sind oder es schweigsam ertragen. Nur so können Personalien wie der Fall Peevski erfolgreich durchgesetzt werden. Anscheinend ist das in Bulgarien durch die im Ansatz vorhandene Zivil- und Bürgergesellschaft nicht mehr möglich.



Weitgehend friedliche Proteste: Im Sommer 2013 gingen mehrere tausend Menschen auf die Straße und forderten den Rücktritt der Regierung sowie Neuwahlen. | Quelle: © KAS Bulgarien.

Durch die Proteste gerieten die Europäischen Sozialdemokraten (SPE oder PES) in eine prekäre Situation, denn Sergei Stanishev ist nicht nur Vorsitzender der bulgarischen Sozialisten, sondern auch der SPE. Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, und der Fraktionsvorsitzende der SPE, Hannes Swoboda, kritisierten ihn zwar, doch sprachen beide sowie die Führungsspitze der SPE während einer Tagung in Sofia dem Sozialisten das Vertrauen aus, gemäß dem üblichen Reflex der Grundsolidarität in der jeweiligen europäischen Parteifamilie.<sup>26</sup> Peevski bot unter dem Eindruck der Ereignisse noch am Tag seiner Ernennung an, das Amt nicht anzutreten, und tat dies dann auch nicht.

26 | „Geheimdienstchef abberufen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.06.2013. Stanishev gehört zwar nicht der Regierung an, hat aber maßgeblichen Einfluss auf ihre Entscheidungen. Er wurde auch aus den eigenen Reihen kritisiert.

Allerdings beruhigte der Rückzieher die Lage nicht, weiter gingen täglich mehrere tausend Menschen in Sofia auf die Straße und forderten nun den Rücktritt der Regierung sowie Neuwahlen. Sie hatten erkannt, dass der Personalvorgang Peevski nur die Spitze des Eisbergs ist und dass ähnliche, wenn auch weniger spektakuläre Personalbesetzungen in anderen Bereichen folgen würden – womit sie Recht behalten sollten. So musste Mitte Juni der stellvertretende Innenminister nach nur vier Stunden im Amt wieder gehen, als bekannt wurde, dass er in den 1990er Jahren einer mafiösen Organisation angehört hatte.

### ALTE KADER GEGEN NEUE MITTELSCHICHT

Der „Fall Peevski“ zeigt symbolisch, wie unverfroren das oligarchische System die Regierung infiltriert und steuert. Fast 25 Jahre nach der „fingierten Revolution“<sup>27</sup> besetzt die alte Nomenklatura nach wie vor Schlüsselstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Ihre Kinder haben durch die etablierten Netzwerke deutlich bessere (Start-)Bedingungen als diejenigen Bulgaren, die jenseits dieser Verbindungen sozialisiert wurden. Das wohl bitterste Erbe des Kommunismus ist, dass der Zugang zu Positionen durch Familienclans und korporative Interessen gesteuert wird und für Außenstehende blockiert ist. Es zählen Beziehungen statt Leistung. Dabei bleiben die Zusammenhänge zwischen den Netzwerken und die Mechanismen der Machtausübung verborgen. Die Undurchsichtigkeit schürt Verunsicherung und macht es schwer, Konzepte gegen das Modell zu finden.

**Das wohl bitterste Erbe des Kommunismus ist, dass der Zugang zu Positionen durch Familienclans und korporative Interessen gesteuert wird und für Außenstehende blockiert ist.**

Sicher ist nur, dass es Verlierer produziert. Zu denjenigen, die sich schon seit Jahren trotz guter Ausbildung auf der Verliererseite sehen, kommen die neuen Verlierer; das sind die Jungen, ebenfalls gut ausgebildeten, die dennoch ohne Perspektive sind. Die Proteste haben deshalb einen anderen Charakter als die Sozialproteste im Februar 2013. Es sind die Proteste einer neuen Mittelschicht, einer Bürger- und Zivilgesellschaft, die die gegenwärtigen Verhältnisse nicht

27 | Titel eines Buches von Ilja Trojanov, in dem er darstellt, dass es in Bulgarien zwar einen Systemwechsel, aber keinen Elitenwechsel gegeben hat: Ilja Trojanov, *Die fingierte Revolution*, München, 1999.

mehr dulden will. Es geht ihnen um die Verwirklichung von Werten, um einen anderen Charakter der bulgarischen Politik, nicht nur im Stil, sondern substanziell:<sup>28</sup> Eltern mit ihren Kleinkindern demonstrieren friedlich mit intelligenten Sprüchen auf selbstgefertigten Plakaten; dazu junge Leute in ihren 20ern, geboren in der frühen Nachwende-Zeit, und damit ohne jede Erinnerung an den Kommunismus. Für sie ist es das erste Mal, viele der Älteren protestierten hingegen schon 1989 oder 1997,<sup>29</sup> waren aber seitdem nicht mehr auf der Straße. Andere zogen es ohnehin vor, im Ausland ihr Glück zu versuchen – ein Aderlass an Eliten, unter dem Bulgarien nicht nur wirtschaftlich leidet, sondern auch politisch. Einige kehrten, geprägt vom Leben

**Die Unzufriedenen treffen sich allabendlich vor dem Ministerrat, skandieren ihre Parolen und marschieren anschließend durch die Innenstadt.**

und Arbeiten im westlichen Ausland,<sup>30</sup> zurück. Sie wollen bleiben und für Veränderung sorgen. Die Unzufriedenen treffen sich allabendlich nach der Arbeit oder dem Besuch der Universität vor dem Ministerrat, skandieren ihre Parolen und marschieren anschließend durch die Innenstadt. Gegen 21 Uhr ist Schluss, denn man muss am nächsten Tag wieder zur Arbeit. Alle eint das Gefühl, in all den Jahren „mehrfach betrogen“ worden zu sein.<sup>31</sup> Sie schenken keiner der etablierten Parteien ihr Vertrauen. Das ist kein Wunder nach dem, was in diesen 25 Jahren geschehen ist. Demokratie kann ohne Vertrauen in die politische Elite auch in Bulgarien auf Dauer nicht funktionieren. Aber angesichts der vollständigen Diskreditierung der politischen Klasse trauen sich nur noch wenige saubere und kluge Köpfe in die Politik – ein Teufelskreis.

### **KURZFRISTIGE ESKALATION DER PROTESTE UND IHRE MARGINALISIERUNG**

Mit den Forderungen nach Good Governance, gegen das oligarchische Modell und für eine Zukunftsperspektive im eigenen Land konnte und kann die Regierung nicht umgehen.

28 | Antony Galabov, „Civil participation and the uprising of the ‚new losers‘“, *One World*, Nr. 148, 2013, 16-17.

29 | 1997 war das Jahr der Hyperinflation in Bulgarien. Die Proteste brachten damals die sozialistische Regierung zu Fall.

30 | Botschafter Höpfner prägte für die heimkehrenden Studenten den Begriff der „ERASMUS-Generation“.

31 | Georgi Gospodinow, „Der protestierende Mensch ist schön“, *Neue Zürcher Zeitung*, 27.06.2013, <http://nzz.ch/aktuell/feuilleton/uebersicht/1.18106078> [23.04.2014]. Gospodinow ist Schriftsteller und Publizist, er lebt in Sofia.

Das Füllhorn auszuschütten, wäre einfacher. Die Regierung sitzt die Proteste bis auf den heutigen Tag aus, ignoriert die Menschen und ihre Forderungen. Das führte zu Frustration und Mitte Juli folgten erste kleinere Zusam-

**Die Regierung sitzt die Proteste bis auf den heutigen Tag aus, ignoriert die Menschen und ihre Forderungen. Dies führte zu Frustration und zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei.**

menstöße mit der Polizei,<sup>32</sup> als Demonstranten versuchten, Absperrgitter vor dem Parlament zu entfernen, weil die Sicherheitszone um das Gebäude erweitert worden war. Am Abend des 23. Juli 2013, dem 40. Tag anhaltender Proteste, eskalierte die Situation.<sup>33</sup> Der Haushaltsausschuss tagte noch abends im Parlament, um den Nachtragshaushalt zu diskutieren. Nach Beendigung der Sitzung konnten Abgeordnete und Mitarbeiter, etwa einhundert Personen, das von Demonstranten blockierte Gebäude nicht mehr verlassen. Die Polizei entschloss sich gegen 22 Uhr, Busse zum Abtransport einzusetzen, was gewaltsam verhindert wurde. Gegenstände trafen einen Bus, es kam zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. 17 Personen, darunter fünf Polizisten, wurden verletzt. Die Blockade wurde erst in der Nacht aufgehoben. In den folgenden Tagen verliefen die Demonstrationzüge wieder in den gewohnt friedlichen Bahnen, so, als sei nichts weiter vorgefallen. Stanishev machte indirekt den Staatspräsidenten,<sup>34</sup> aber auch andere, die sich hinter die Protestierenden gestellt hatten, für die Eskalation verantwortlich. Das Regierungshandeln änderte er nicht.

So berechtigt die Analyse des Grundübels und so berechtigt die Forderungen nach Rücktritt der Regierung und Reform des Systems auch sind: Der Protestbewegung mangelte es von Anbeginn an konkreten Alternativvorschlägen. Von denen, die dennoch artikuliert wurden, waren manche utopisch.<sup>35</sup> Es gab keine zentrale Organisation, es fehlten Führungspersönlichkeiten. Die Furcht vor Unterwanderung oder Instrumentalisierung war zu groß. Während der Demonstrationen gab es keine Bühne, keine Redner. Die Demonstrationzüge bestanden aus vielen Gruppen, die

32 | Die Polizisten sind durch den täglichen Dauereinsatz aufs Äußerste strapaziert.

33 | „Proteste in Bulgarien: Minister und Abgeordnete sitzen stundenlang im Parlament fest“, *Spiegel Online*, 24.07.2013, <http://spiegel.de/politik/ausland/a-912739.html> [23.04.2014].

34 | Dieser hatte aber zuvor ausdrücklich vor einer Eskalation gewarnt.

35 | Petyo Tsekov, „Was there a Bulgarian ‚spring‘?“, *One World*, Nr. 148, 2013, 12-13.

sich über das Internet verabredeten. So blieb das Ganze heterogen, geeint lediglich in der negativen Forderung nach Rücktritt der Regierung. „Sie wollen Veränderung, haben aber keine klare Vorstellung davon, wie sie aussehen sollte, sie seien brillant im Erfinden politischer Gesten, aber schwach in angewandter Politik“, zitiert

**Angesichts der Macht und der tiefen Verflechtung der Oligarchie gibt es auch keine schnelle Lösung. Eine Entmachtung ist daher selbst in mittelfristiger Perspektive unwahrscheinlich.**

die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den bulgarischen Politikwissenschaftler Iwan Krashev mit Blick auf die Proteste.<sup>36</sup> Die Bürger haben kein Konzept und kein Rezept, wie man das Ziel eines modernen Staatswesens, das befreit ist aus den Fängen der Oligarchie, erreichen könnte. Angesichts der Macht und der tiefen Verflechtung der Oligarchie gibt es auch keine schnelle Lösung, eine Entmachtung ist daher selbst in mittelfristiger Perspektive unwahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach Rücktritt kurzsichtig, denn dieser hätte Neuwahlen zur Folge, die lediglich die althergebrachten Parteien an die Macht bringen würde, obwohl sich fast jeder zweite Bulgare einen „Neuanfang“ wünscht, wie Umfragen zeigen.<sup>37</sup>

Die Proteste beschränkten sich weitgehend auf Sofia. In Varna und Plovdiv kam es zu kleineren Demonstrationen, die nicht lange andauerten. Allerdings kam es in Varna bereits im Februar 2013 zu einer aufsehenerregenden Selbstverbrennung.<sup>38</sup> Plamen Goranov verbrannte sich aus Protest gegen Bürgermeister Kiril Jordanov, der als Mann der Varnaer TIM-Gruppe, eines mächtigen Oligarchen-Clans, galt. Ein paar Tage nach diesem schrecklichen Akt der Verzweiflung trat Jordanov unter dem Eindruck anhaltender Proteste vom Amt zurück.

Dass die Demonstrationen weitgehend auf Sofia beschränkt blieben, zeigt auch, dass die Bürgergesellschaft zurzeit ein großstädtisches Umfeld benötigt, um entstehen, wachsen

36 | Michael Martens, „Ihr Vaterland ist die Welt“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.02.2014.

37 | Ilija Trojanow, „Auf verlorenem Posten“, *taz.die tageszeitung*, 28.08.2013.

38 | Markus Bernath, „Selbstverbrennung in Bulgarien: Ein neuer Jan Palach“, *Der Standard*, 23.02.2013, <http://derstandard.at/1361240908688> [23.04.2014]. Norbert Mappes-Niediek, „Selbstverbrennung gegen organisierte Kriminalität“, *Frankfurter Rundschau*, 07.03.2013, [http://fr-online.de/1472596\\_22024274.html](http://fr-online.de/1472596_22024274.html) [23.04.2014]. Weitere Selbstverbrennungen folgten, davon 13 mit Todesfolge.

und agieren zu können. In vielen kleineren Städten wurden Proteste auch durch Drohungen und Einschüchterungen verhindert. Daher ebte die Protestwelle in der Sommerhitze ab, ohne dass sich die Energie in eine politische Formation oder in eine neue Partei gewandelt hätte. Nach der Sommerpause erreichte sie bei Weitem nicht mehr ihre anfängliche Kraft, auch wenn sich zu Semesterbeginn im vergangenen Herbst Sofioter Studenten solidarisierten, „streikten“ und die Universität besetzten. Allerdings demonstrieren bis auf den heutigen Tag einige Dutzend Unentwegte, manchmal auch mehrere hundert, vor dem Parlament und dem Ministerrat.

Ist die Protestbewegung gescheitert? Das große Ziel, die Regierung zum Rücktritt zu bewegen und einen Politikwechsel herbeizuführen, hat sie nicht erreicht – obwohl die Forderung nach Rücktritt durchaus Chancen auf Verwirklichung hatte. Die Entmachtung der oligarchischen Zirkel ist jedoch eine ungleich schwierigere Aufgabe, die – wenn überhaupt – nur auf lange Sicht umgesetzt werden könnte. Die Protestbewegung konnte Deljan Peevski als Direktor des Inlandsgeheimdienstes verhindern, und sie hat bewiesen, dass es in Bulgarien mittlerweile eine Zivilgesellschaft gibt. Diese Bürgergesellschaft ist eine im Wachstum befindliche, zarte Pflanze, die bislang keine tiefe gesellschaftliche Verwurzelung hat. Das war einmal anders, aber der Kommunismus löschte die bürgerliche Elite vollständig aus. Die alten Kader werden versuchen, jede Wiederbelebung um des eigenen Machterhalts willen zu blockieren. Bulgarien steckt auch 25 Jahre nach der Revolution in einem Transformationsprozess, sein Ende ist noch in weiter Ferne.